

Wahlprogramme Steuerpolitik | 15.08.2013 | Lesezeit 3 Min.

Steuererhöhungen sind kurzsichtig

Wie immer in Bundestagswahlkämpfen werben die Parteien mit allerlei Versprechungen um die Gunst der Wähler. Doch auch Wahlgeschenke müssen bezahlt werden. Nach den Vorstellungen der Oppositionsparteien sollen deshalb Bezieher höherer Einkommen und Vermögensbesitzer mehr Steuern zahlen.

Einkommenssteuerpläne: Rauf und runter

	CDU CSU	FDP Freie Demokraten	SPD	Grüne Bündnis 90 und Grüne	DIE LINKE.
Spitzensteuersatz	• 45 Prozent ab 250.000 Euro (bisher ab 250.731 Euro)	• 45 Prozent ab 250.000 Euro	• 49 Prozent ab 150.000 Euro	• 49 Prozent ab 80.000 Euro	• 75 Prozent ab 1.000.000 Euro
Tarif	• Abbau der kalten Progression	• Abbau der kalten Progression	• Neue Progressionszone ab 64.000 Euro	• Höherer Grundfreibetrag, Verlängerung der Progressionszonen	• Gültigkeit des Tarifs bis 53 Prozent
Besteuerung von Familien	• Kindergeldhöhung und höhere Freibeträge	• Höhere Kinderfreibeträge	• Kinderfreibetrag faktisch abgeschafft	• Kindergeldhöhung	• Keine Angabe
Besteuerung von Eheleuten	• Ehegattensplitting	• Ehegattensplitting	• Realplitting für zukünftige Ehen	• Grundfreibetrag zwischen Eheleuten übertragbar und Splitting bis maximal 1.500 Euro	• Individualbesteuerung
Besteuerung von Kapitalerträgen	• 25 Prozent Abgeltungssteuer (Status quo)	• 25 Prozent Abgeltungssteuer	• 32 Prozent Abgeltungssteuer	• Abschaffung der Abgeltungssteuer	• Abschaffung der Abgeltungssteuer
Belastung (+) / Entlastung (-) für die Bürger	- 9,8 Milliarden Euro	- 5,5 Milliarden Euro	+ 9,4 Milliarden Euro	+ 13,5 Milliarden Euro	+ 30,6 Milliarden Euro

Belastung (+) / Entlastung (-) 88 Simulationsergebnis mit den Mitteln der Einkommenssteuerreform. Ursprungsdaten: Wahlprogramme der Parteien. © 2013 IWV, Berlin, Seite 11

Von höheren Renten für Mütter über mehr Mindestlohn bis hin zu einer besseren Pflege – die fünf großen Parteien kündigen in ihren Wahlprogrammen zahlreiche Wohltaten an. So wollen alle kräftig in Bildung und Infrastruktur investieren. Das klingt erst mal gut – allerdings muss man genau hinschauen, wie die Parteien ihre

Ziele erreichen wollen.

Union und FDP haben relativ wenige Änderungen aufs Tapet gebracht. Sie versprechen unter anderem mehr Kinderfreibeträge; die Union möchte auch das Kindergeld erhöhen. Damit entlasten die Regierungsparteien Alleinerziehende und Familien mit Kindern.


Opposition will Steuern erhöhen

SPD, Grüne und Linke kündigen dagegen massive Steuererhöhungen an, wollen aber auch mehr Geld ausgeben – vor allem für Soziales.

Einkommenssteuer. Bei allen Oppositionsparteien müssen vor allem Gutverdiener mehr zahlen, denn der Spitzensteuersatz soll steigen (Tableau). Bei Grünen und Linken trifft es zudem Alleinverdiener und Bezieher von Kapitaleinkünften. Wer meint, dass so die vermeintliche Ungleichheit abnimmt, denkt zu kurz. Eine Änderung der Steuersätze führt nicht nur zu mehr oder weniger Einkommen, sondern ändert auch das Verhalten der Steuerzahler:

Wer weniger Steuern zahlen muss, ist eher bereit, mehr zu arbeiten oder zu investieren, da am Ende des Monats mehr übrig bleibt. Wer mehr Steuer zahlen muss, tendiert eher dazu, genau das Gegenteil zu tun.

Grüne und Linke fordern Vermögensabgabe

Vermögenssteuer und Vermögensabgabe: Massive Mehrbelastungen			
			
Art der Abgabe	• Vermögenssteuer	• Zunächst Vermögensabgabe, danach Vermögenssteuer	• Vermögensabgabe und Vermögenssteuer
Steuerpflichtige	• Natürliche und juristische Personen, das heißt alle Haushalte und alle Unternehmen	• Vermögensabgabe: nur natürliche Personen, das heißt, Kapitalgesellschaften werden ausgenommen	• Natürliche und juristische Personen, das heißt alle Haushalte und alle Unternehmen
Steuerpflichtiges Vermögen	• Inländer: grundsätzlich weltweites Vermögen • Ausländer: in Deutschland eingetragenes Vermögen	• Inländer: grundsätzlich weltweites Vermögen • Ausländer: in Deutschland eingetragenes Vermögen	• Nicht spezifiziert
Steuersatz Vermögen	• 1 Prozent jährlich	• Einmalige Vermögensabgabe: 15 Prozent, zu erheben über 10 Jahre, das heißt jährlich 1,5 Prozent • Vermögenssteuer: unbekannt	• Einmalige Vermögensabgabe: progressiver Tarif mit Sätzen von 10, 20 und 30 Prozent • Vermögenssteuer: 5 Prozent
Freibeträge/ Freigrenze	• Natürliche Personen: Freibetrag 2 Millionen Euro je Steuerpflichtigen mit Abschmelzung auf 500.000 Euro • Juristische Personen: Freigrenze 200.000 Euro	• Allgemeiner Freibetrag 1 Million Euro je Steuerpflichtigen	• Vermögensabgabe: persönlicher Freibetrag 1 Million Euro, Betriebsvermögen 2 Millionen Euro • Vermögenssteuer: allgemeiner Freibetrag 1 Million Euro, Betriebsvermögen von Personenumunternehmen 5 Millionen Euro
Erwartetes Aufkommen	• 5,0 bis 11,6 Milliarden Euro pro Jahr	• Insgesamt 100 Milliarden Euro durch die Vermögensabgabe • Vermögenssteuer: unbekannt	• Vermögensabgabe: mindestens 200 Milliarden Euro • Vermögenssteuer: 80 Milliarden Euro pro Jahr

Erwartetes Aufkommen: IAB Schätzung
Übersichtstabelle: Wahlprogramme der Parteien
© 2018 Wahlen - Teil 11
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Vermögensabgabe und -steuer. Die Grünen und die Linkspartei wollen eine Vermögensabgabe nach dem Vorbild der Lastenausgleichsabgabe nach dem zweiten Weltkrieg erheben. Eine solche Abgabe darf nur einmalig zur Finanzierung einer außerordentlichen Belastung erhoben werden. Aktuell werden jene Schulden als schwerwiegend eingestuft, die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise entstanden sind.

Zusätzlich wollen Grüne und Linke eine Vermögenssteuer einführen.

Die Linkspartei will mit einem Vermögenssteuersatz von 5 Prozent gut 80 Milliarden Euro einnehmen.

Bei den aktuellen Umlaufrenditen am Kapitalmarkt von rund 2 Prozent ist damit für die Anleger eine Kapitalvernichtung programmiert.

Die SPD will von vornherein nur eine Vermögenssteuer. Mit einem Steuersatz von 1 Prozent sind die Sozialdemokraten vergleichsweise zurückhaltend. Dennoch ergeben sich auch hier erhebliche Mehrbelastungen. Wenn bei einem Ertrag von 2 Prozent schon die Hälfte für die Vermögenssteuer drauf geht und zusätzlich Ertragssteuern anfallen, bleibt netto nicht mehr viel übrig.

Auch für Unternehmen, die nach den Vorstellungen der SPD voll vermögenssteuerpflichtig sein sollen, würde die Steuer eine große Belastung darstellen. Denn sie müssen die Steuer aus ihren Erträgen bezahlen, wenn sie nicht die Substanz angreifen soll.

Bei solch drastischen Steuererhöhungen sind Ausweichreaktionen der Steuerpflichtigen zu erwarten - wie zum Beispiel Kapital im Ausland anzulegen -, und das mindert das erhoffte Aufkommen. Bisherigen Schätzungen zufolge dürfte, nach den Vermögenssteuerplänen der SPD, von dem erhofften Bruttoaufkommen von 16,5 Milliarden Euro 4,9 Milliarden Euro durch Ausweichreaktionen wieder verloren gehen. Am Ende bliebe demnach ein Nettoaufkommen von 11,6 Milliarden Euro.

IW rechnet mit stärkeren Ausweichreaktionen

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hält diese 4,9 Milliarden Euro allerdings für zu optimistisch. Ein so geringer Betrag kommt nur zustande, wenn man voraussetzt, dass die Ausweichreaktionen heute nicht mehr so umfangreich sind. Geht man aber davon aus, dass diese genauso stark wie früher ausfallen, gehen sogar fast 12 Milliarden Euro oder 70 Prozent des Brutto-Aufkommens verloren. Dann würde sich die Vermögenssteuer für den Fiskus kaum lohnen - aber den Wirtschaftsstandort Deutschland empfindlich schwächen.

Kernaussagen in Kürze:

- Nach den Vorstellungen der Oppositionsparteien sollen Bezieher höherer Einkommen und Vermögensbesitzer mehr Steuern zahlen.
- Wer weniger Steuern zahlen muss, ist eher bereit, mehr zu arbeiten oder zu investieren, da am Ende des Monats mehr übrig bleibt.
- Die Linkspartei will mit einem Vermögenssteuersatz von 5 Prozent gut 80 Milliarden Euro einnehmen.